

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 5

Artikel: Das Nationalitätenproblem im Vereinigten Königreich
Autor: Bernheim, Roger
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dass diese Eingliederung dazu führen könnte, dass ihre Länder im Rahmen eines künftigen «Europas der Regionen» ein stärkeres Eigenleben zu führen vermöchten. In Frankreich gibt es sowohl baskische wie auch eine Katalanisch sprechende Region, das Roussillon. Für die anderen europäischen Staaten könnte dies leicht bedeuten, dass für sie in der Zukunft die innerspanischen Diskussionen über die Länder und Völker der Halbinsel sehr viel näher an den Bezirk ihrer eigenen, einheimischen Politik heranrücken könnten.

(Das Manuskript dieses Aufsatzes wurde vor den Wahlen in Spanien fertiggestellt.)

ROGER BERNHEIM

Das Nationalitätenproblem im Vereinigten Königreich

Die britische Regierung und das Parlament, vollbeschäftigt mit den Wirtschaftsschwierigkeiten des Landes, müssen sich zusätzlich mit dem Nationalitätenproblem beschäftigen, das innenpolitisch an Bedeutung gewinnt. Das Problem ist facettenreich. Es geht um Schottland, Wales und Nordirland, also um die keltischen Randgebiete im Norden und im Westen. Doch diese Gebiete sind wegen ihrer Grösse und wegen ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts erheblich mehr als blosse Ränder. Sie machen 40 Prozent des Territoriums und 17 Prozent der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs aus. Schottland allein ist fast doppelt so gross wie die Schweiz und zählt 5,2 Millionen Einwohner; Wales misst 20600 Quadratkilometer, die Hälfte der Schweiz, und hat 2,7 Millionen Einwohner; Nordirland misst 14000 Quadratkilometer und zählt anderthalb Millionen Menschen, zwei Drittel davon Protestanten und ein Drittel Katholiken. Die drei Regionen bilden keine Einheit, weder geographisch noch historisch noch im nationalen Sinn. Auch sprachlich nicht, denn das keltische Gälisch, das in Irland und in Schottland gesprochen wird, unterscheidet sich stark von dem in Wales gesprochenen Kymrisch, einem dem Bretonischen nahestehenden Zweig der keltischen Sprachen. Im übrigen wer-

den Gälisch und Kymrisch nur noch von wenigen Leuten im Alltag gesprochen, weniger als je 50000 in Schottland und in Wales und ein paar Familien in Nordirland. In Schottland wird es nur im Hochland und auf den westlichen Inseln, in Wales nur in vereinzelten Tälern gesprochen. Ebenfalls nicht einheitlich ist in den drei Gebieten die Religion, die in allen eine wichtige Rolle spielt. In Nordirland ist die Bevölkerung keltischer Abstammung katholisch, in Wales protestantisch und in Schottland in einigen Gebieten katholisch, in andern protestantisch. Die drei Provinzen stellen voneinander verschiedene Probleme, und ihre Bevölkerungen haben voneinander verschiedene Wünsche. Dann ist erst noch jede Provinz selber gespalten, durch Religion oder Sprache oder Geographie oder nationales Empfinden. Gemeinsames – von den alten Kelten herkommend – ist allerdings im Charakter der Iren, Schotten und Waliser vorhanden und hebt sie deutlich von den Engländern ab: Sie sind leidenschaftlich, überschwenglich, streitsüchtig und auch schnell zur Freundschaft bereit und trinken und fabulieren gern.

Die Unterschiede zwischen den drei Problemkreisen sind mannigfach. Nordirland und Wales wurden von den Engländern erobert; Schottland vereinigte sich freiwillig mit England und fühlte sich nachher von den Engländern betrogen. – Schottland war vor der Vereinigung mit England eine politische Einheit, ein selbständiges Königreich gewesen; Wales hatte vor der Eroberung durch England nie eine Einheit, sondern ein Konglomerat von Kleinfürstentümern dargestellt; Nordirland hatte bis 1921 zu Irland gehört und ist seither ein aus dieser Einheit losgelöstes Teilstück. – Der Nordirlandkonflikt ist eine Hinterlassenschaft der Kolonialzeit; der Konfliktsherd befindet sich in Nordirland selber, besteht in den nationalen, religiösen und wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen der urenheimischen Bevölkerung keltischer Abstammung und katholischen Glaubens einerseits und den Nachfahren der protestantischen Kolonisten, die im 17. Jahrhundert aus Schottland und England herkamen andererseits; die Protestanten wollen die Union mit Grossbritannien erhalten, die Katholiken streben die Vereinigung mit der Irischen Republik im Süden an. In Schottland und Wales geht es um vermehrte Autonomie innerhalb des britischen Staatsverbands, den zu verlassen vorderhand nur eine kleine Minderheit wünscht; der Konflikt basiert nicht auf internen Gegensätzen, sondern auf dem Gegensatz zwischen der dortigen Bevölkerung und der Administration in Westminster; er ist eine Folge nicht historisch begründeter Animositäten, sondern eines Mangels an Fingerspitzengefühl der Engländer im Umgang mit andern Leuten ihres eigenen Staatsverbands. – In Nordirland wirkt die Kirche trennend, in Wales und Schottland einigt sie.

So wie am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts der irische

Unabhängigkeitskampf die parteipolitische Auseinandersetzung in Westminister beeinflusste und mitunter dominierte, so wirkt sich jetzt das schottische und walisische Verlangen nach vermehrter Autonomie auf die nationale Politik Grossbritanniens aus. Der Überlebenskampf der Minderheitsregierung Callaghan ist mit dieser Sache verknüpft. Die schottischen und walisischen Nationalisten im britischen Unterhaus pflegten die Minderheitsregierung Callaghan bei kritischen Abstimmungen zu unterstützen, in der Erwartung, dass die Regierung in beiden Regionen je ein Provinzparlament etablieren werde. Die Regierung brachte denn auch im November 1976 eine entsprechende Dezentralisierungsvorlage ein, doch diese scheiterte drei Monate später wegen einer Rebellion im Regierungslager. Daraufhin hatten die Nationalisten kein Interesse mehr daran, die Minderheitsregierung am Ruder zu halten; Callaghan war gezwungen, eine der andern Zwergparteien im Unterhaus für ein engeres Bündnis zu gewinnen – von der Art, wie die Labourpartei es bisher als unerwünscht bezeichnet hat. Die Liberalen reichten ihm die Hand dazu. Nur dank dieser Allianz (nicht Koalition) mit den Liberalen wird seither die Regierung im Amt gehalten.

Schottland und Wales

Im Vordergrund der Debatte steht gegenwärtig nicht Nordirland, wo die Situation seit einem Jahr stagniert, sondern das Verlangen der Schotten und Waliser nach vermehrter Autonomie. In beiden Provinzen wünscht nur eine kleine Minderheit – in Wales eine winzige – die Loslösung der Provinz vom britischen Staatsverband, also die völlige Unabhängigkeit von London, die Sezession. Die andern, die sich überhaupt für diese Sache interessieren, wollen im britischen Staatsverband bleiben, verlangen nur vermehrtes Entscheidungsrecht in lokalen Belangen. Diese Gruppe umfasst in Schottland die Mehrheit der Bevölkerung, in Wales wahrscheinlich weniger als die Mehrheit; die Restlichen sind mit dem bestehenden Zustand zufrieden. Die Extremisten werden in Schottland von der Schottischen Nationalen Partei, in Wales von der Plaid Cymru (Walisische Partei) vertreten. Die Führer beider Parteien geben zu, dass nur eine kleine Minderheit ihre Postulate gutheisst; aber sie sind überzeugt, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Londoner Zentralverwaltung wachsen und demzufolge auch der Ruf nach Unabhängigkeit anschwellen wird. Vorläufig konzentrieren sich die beiden Parteien darauf, durch gute Arbeit in den Lokalbehörden Wähler für sich einzunehmen. Das gelingt vor allem der Schottischen Nationalen Partei. Sie eroberte bei den britischen Parlamentswahlen vom Oktober 1974

gute 30 Prozent der in Schottland abgegebenen Stimmen, bei den Kommunalwahlen vom Mai 1977 sogar 38 Prozent, mehr als die Labourpartei und die Konservativen. Diese bemerkenswerten Erfolge sind weniger auf die nationalistischen Postulate der Partei als auf die Tüchtigkeit ihrer Politiker in der Kommunalverwaltung zurückzuführen. Die Plaid Cymru erhielt im Oktober 1974 bei den Parlamentswahlen 11 Prozent der in Wales abgegebenen Stimmen. Bei den jüngsten Kommunalwahlen kandidierte sie nicht in allen Wahlkreisen, so dass eine zuverlässige Vergleichsziffer nicht vorliegt; aber sie scheint gegenüber Oktober 1974 weniger Boden gewonnen zu haben als die Nationalisten in Schottland.

In Schottland bestehen nationalistische Kräfte schon seit langem. Die Schotten fühlen sich als Angehörige einer eigenständigen Nation, die sich von der englischen unterscheidet. Sie sind stolz auf die kulturellen Leistungen ihres Volkes. Edinburgh war im 17. und 18. Jahrhundert ein europäisches Kulturzentrum. David Hume, im Ausland als typisch englischer Philosoph angesehen, war Schotte. Schotten waren die Brüder Adam, die im 18. Jahrhundert den Wohngeschmack des englischen Adels prägten, der Dichter Robert Burns und die Schriftsteller Walter Scott und Robert Louis Stevenson, dessen «Dr. Jeckyll and Mr. Hyde» zur Weltliteratur gehört. Sogar Conan Doyle, der Schöpfer des englischsten aller Engländer, Sherlock Holmes', stammte aus Schottland. Ebenfalls Schotten waren der Vater der Dampfmaschine, James Watt, des Telefons, Alexander Graham Bell, und des Penicillins, Alexander Fleming. Als im Jahr 1707 das schottische und das englische Parlament miteinander vereinigt wurden, verstanden die Schotten diesen Zusammenschluss als eine freiwillige Vereinigung zweier ebenbürtiger Königreiche; die Engländer dagegen sahen den Zusammenschluss als eine Verschiebung der Grenzen Englands, eine Ausdehnung des englischen Territoriums. Das haben ihnen die Schotten nie verziehen. Sie empfinden es als Beleidigung oder zumindest als Ausdruck englischer Insensibilität, wenn bei einem sportlichen Wettkampf zwischen einer englischen und einer schottischen Mannschaft die englischen Zuschauer ihre Mannschaft durch Schwenken des Union Jack anfeuern, als ob die Flagge des Vereinigten Königreichs nur den Engländern gehörte. Wie gross die englische Unempfindlichkeit in dieser Sache heute noch ist, zeigte sich dieser Tage, als der britische Fussballverband plötzlich in einem Anfall bürokratischen Hochmuts verbot, dass die Schotten bei Sportanlässen ihr Nationallied singen. Das Verbot musste nach wenigen Tagen wieder aufgehoben werden, so gross war in Schottland die Empörung.

Die Engländer haben den Schotten einige äussere Attribute der Eigenständigkeit gelassen, zum Beispiel eigene Banknoten. Auch tiefer reichende nationale Eigenheiten sind erhalten geblieben. Zum Beispiel im Schul-,

Kirchen- und Rechtswesen. Die Kirche von Schottland ist wie die Anglikanische eine Staatskirche, aber völlig von dieser getrennt. Sie ist presbyterianisch geleitet und nicht mit dem Staat verknüpft wie die Anglikanische, die ohne Zustimmung des britischen Parlaments ihre Gottesdienstordnung nicht ändern darf und deren Erzbischöfe und Bischöfe vom Premierminister ernannt werden. Ebenfalls voneinander getrennt sind das schottische und das englische Rechtswesen. Das schottische Recht hat sich anders entwickelt als das englische. Es basierte im Gegensatz zu diesem auf dem römischen Recht. Das röhrt daher, dass Schottland vom ausgehenden Mittelalter an bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nicht mit England, sondern mit dessen Rivalen Frankreich und den Niederlanden enge Beziehungen unterhielt. Es unterstützte Frankreich im Kampf gegen England zum Schutz seiner eigenen Unabhängigkeit. Nach der Vereinigung Englands und Schottlands von 1707 wurde das schottische Recht, obwohl die Erhaltung seiner Eigenart im Unionsvertrag garantiert worden war, mehr und mehr dem englischen angeglichen. Es war eben das britische Parlament mit seiner Mehrheit von englischen Abgeordneten, das fortan die schottischen Gesetze schuf, und es bestand unter den englischen Parlamentariern wenig Bereitschaft, sich in fremdes Leben einzufühlen. Häufig finden sich im 19. Jahrhundert Äusserungen englischer Parlamentarier und Richter wie etwa diejenige Lord Cranworths aus dem Jahr 1858, wonach in Schottland unmöglich ein anderes Recht gelten könne als in England, denn das englische Recht basiere auf universell gültigen Prinzipien und nicht auf Eigen tümlichkeiten der englischen Rechtsprechung. Trotzdem sind Unterschiede erhalten geblieben, sowohl im Strafrecht wie im Zivilrecht wie im Gerichtswesen. Sie betreffen konkrete Einzelheiten, namentlich des Familienrechts, zeigen sich aber auch im allgemeinen, indem das schottische Recht sich mehr nach Grundsätzen als nach Präzedenzfällen richtet und sich weniger als das englische mit Technikalitäten der Verfahrensordnung abgibt. Heute hat das britische Unterhaus ständige schottische Ausschüsse, die die Gesetzesvorlagen prüfen, die ausschliesslich für Schottland bestimmt sind. Das genügt aber den Schotten nicht. Sie erblicken in der Angleichung des schottischen Rechts an das englische einen weiteren Beweis dafür, dass die Engländer die nationale Eigenart Schottlands hätten zerstören wollen.

Neben den Triebkräften nationalistischer Natur fördern solche praktischer Art die Autonomieregungen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Grossbritannien der Zuständigkeitsbereich der Londoner Zentralverwaltung stark ausgedehnt. Dementsprechend gewachsen sind die Reibungsflächen zwischen Bürger und Staat. Die Beamten in London entscheiden über lokale Belange der Provinzen, von denen sie keine rechte Vorstellung

haben. Darüber beklagen sich die Leute in ganz Grossbritannien, aber die Klagen wachsen naturgemäss mit der Entfernung. Sie sind in Schottland besonders stark. Allerdings schickt Schottland Parlamentarier nach Westminster, die dort nicht nur die Gesetzgebung, sondern auch die Verwaltungsentscheide beeinflussen könnten; aber die Schotten sagen nicht ganz zu Unrecht, dass ihre Abgeordneten in Westminster zu Engländern würden und sich dort wenig mehr um schottische Belange kümmerten. Weiter behaupten die Schotten, Schottland werde von England ungerecht behandelt, wirtschaftlich ausgebeutet. Die aus Schottland stammenden und ausschliesslich von Westminster verwalteten Steuergelder kämen hauptsächlich Südengland zugute. London vernachlässige die Bedürfnisse Schottlands, namentlich das Schulwesen, den Wohnbau, den Gesundheitsdienst und die Industrie. Weil London der schottischen Industrie ungenügend helfe, sei in Schottland die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch, und das wiederum schade der schottischen Volkswirtschaft, weil vor allem die gut ausgebildeten Fachleute auf der Suche nach einem Arbeitsplatz auswandern müssten.

Wirtschaftsexperten – und auch viele Schotten – setzen einige Fragezeichen hinter diese Ausbeutungstheorie. Sie hat aber an Zugkraft gewonnen, seitdem man im Boden der Nordsee Erdöl gefunden hat. Die Öl-lager befinden sich vor der Küste Schottlands, und die schottischen Nationalisten sagen, jetzt bringe London die Schotten sogar noch um diesen Reichtum, ihren grössten. Ihrer Meinung nach gehören die Einnahmen aus dem Nordseeöl Schottland, nicht dem Vereinigten Königreich. Sie malen ein paradiesisches Bild von dem, was Schottland mit den Öleinkünften machen könnte, und sie haben mit diesem Bild einige neue Anhänger gewonnen. Auf der andern Seite haben die Erdölfunde zur Folge, dass die Engländer kräftiger denn je an Schottland festhalten, denn auch sie erhoffen sich von den Erdöleinnahmen das Paradies. Die Schottische Nationale Partei ist sich dessen bewusst und hat zur Überwindung dieses Hindernisses erklärt, dass Schottland sich im Sezessionsvertrag verpflichten würde, den Engländern einen bestimmten Anteil an den Öleinkünften zu überlassen.

Im übrigen wollen, ebenfalls wegen des Nordseeöls, zwei schottische Regionen – die Inselgruppen Orkney und Shetland – von vermehrter schottischer Autonomie nichts wissen. Die dortige Bevölkerung hatte noch vor den Schotten, auch vor dem Westminster-Parlament und der britischen Regierung, die aus dem Nordseeöl sich ergebenden Einnahmequellen richtig eingeschätzt und rechtzeitig die starke Position der Inselgruppen gegenüber den Ölgesellschaften erkannt, nämlich die Unumgehbarkeit der Inseln auf dem Weg des Öl-Abtransports. Ihre Vertreter handelten von den Ölgesellschaften und von der britischen Regierung ein Arrangement ein, das für britische Lokalbehörden beispiellos und einmalig ist

und den beiden Gemeinden so viel Geld einbringt, dass sie noch gar nicht wissen, was sie damit tun sollen. Sie befürchten jetzt, dass Edinburgh, wenn es mehr Autonomie von Westminster erlangt, ihnen diese Einnahmen wegnehmen werde.

In Wales liegen die Dinge ähnlich – und doch anders. Die nationalistischen Kräfte sind dort schwächer als in Schottland. Die Provinz gehört länger als Schottland zu Grossbritannien, ist stärker in die englische Wirtschaft integriert und wäre im Alleingang weniger lebensfähig. Der Alleingang würde zusätzlich dadurch erschwert, dass die Provinz gespalten ist: Südwalisische Hafenstadt Cardiff ausgerichtet; Nordwales hat praktisch keine Industrie und ist auf die nördlich davon liegende englische Hafenstadt Liverpool hin orientiert. Das Rechtswesen in Wales deckt sich mit dem englischen. Die Kirche wirkt wie in Schottland profilierend und einigend, ist aber selber nicht geeint. Es gibt keine Kirche von Wales, die der Kirche von Schottland entsprechen würde; es gibt vielmehr die «Chapels» der Methodisten, Baptisten und andern Glaubensbekenntnisse. Die «Chapels» erfassen die Mehrheit der walisischen Bevölkerung und stärken das walisische Nationalgefühl durch ihren Non-Konformismus gegenüber der Anglikanischen Kirche. Nicht jeder Waliser betet wie sein Nachbar, aber alle zusammen beten sie anders als London. Die keltische Sprache wird im walisischen Alltag wenn möglich noch weniger gesprochen als in Schottland; trotzdem wirkt in Wales die kymrische Sprache stärker als nationales Bindeglied denn Gälisch in Schottland, weil in Schottland die gälische Sprache sich praktisch nur im Hochland und auf den westlichen Inseln verbreitet hatte, dagegen in Wales Kymrisch überall gesprochen worden war. Selbst die Waliser, die kein Kymrisch sprechen oder verstehen, empfinden diese Sprache, und vor allem ihre Dichtung, als ein nationales Kulturerbe. Gälisch hat weniger Literatur hervorgebracht.

Als die britische Regierung im November 1976 eine Dezentralisierungsvorlage im Parlament einbrachte, berücksichtigte sie darin die Unterschiede im Stärkegrad der Autonomieregungen von Schottland und Wales. Vorgesehen war für Schottland eine Regierung und ein direkt gewähltes Parlament mit gesetzgeberischen Vollmachten, wobei Westminster das letzte Wort zur regionalen Gesetzgebung behalten hätte; Wales sollte eine direkt gewählte Versammlung ohne gesetzgeberische Vollmachten und eine Exekutivbehörde erhalten. Für ihren Haushalt hätte Westminster beiden Provinzen je eine Blocksumme aus dem Etat zugeteilt; eigene Vollmachten zur Steuererhebung wäre den Provinzen nicht zugestanden worden. All das war weniger, als die Nationalisten wünschten, aber sie unterstützten die Vorlage als ersten Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit.

Die Vorlage kam im Februar 1977 zu Fall, weil ausser den Konservativen vierzig Abgeordnete der Labourfraktion der Vorlage die Zustimmung versagten. Die geplante Dezentralisierung ist äusserst umstritten. Meinungsverschiedenheiten bestehen in beiden grossen Parteien. Die Befürworter der Dezentralisierung sagen, wenn man den Schotten keine grössere Autonomie gebe, so werde die Forderung nach Sezession an Boden gewinnen und das Vereinigte Königreich werde auseinanderfallen. Die Gegner sind der Meinung, dass die Gewährung grösserer Autonomie das Verlangen nach immer mehr Selbständigkeit schüren und so den Anstoss zum Zerfall des Vereinigten Königreichs bilden werde. Die einen erblicken also in der Dezentralisierung eine Bedingung für die Erhaltung des Staatsverbands, die andern den Keim zu dessen Auflösung. Unter den Befürwortern der Dezentralisierung befinden sich im übrigen solche, die nicht nur den Schotten und Walisern, sondern auch den andern Landesteilen vermehrte Autonomie geben möchten. Sie wünschen eine Umgestaltung des Vereinigten Königreichs zu einem föderalistischen Gebilde.

Wichtiger als diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten sind allerdings vorderhand bei der Behandlung der Dezentralisierungsfrage wahlstrategische Berechnungen. Von den insgesamt 635 Unterhaus-Abgeordneten stellt Schottland 71, Wales 36. Beide Provinzen sind traditionelles Labourgebiet. Gegenwärtig stellt Labour von den 36 waliischen Abgeordneten 23 (vor zehn Jahren stellte sie noch 32) und von den 71 schottischen 41 (46 vor zehn Jahren). Im Gegensatz dazu gehören gegenwärtig nur 8 (3) walisische Abgeordnete und 16 (20) schottische zur Konservativen Partei. Die Schottische Nationale Partei hat seit 1974 elf Abgeordnete im Unterhaus (vor zehn Jahren keinen) und die Partei der walisischen Nationalisten Plaid Cymru hat 3 (0). Der Vormarsch der Nationalisten gefährdet die Labourpartei mehr als die Konservativen, denn die Labourpartei könnte ohne schottische und walisische Mandate kaum je eine Regierungsmehrheit erlangen, wogegen das für die Konservativen denkbar wäre. Labour muss also versuchen, den Nationalisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Als allerdings in den sechziger Jahren in Schottland und Wales der Autonomiegedanke an Boden zu gewinnen begann, war die Konservative Partei früher als die dem Zentralismus zuneigende Labourpartei dazu bereit, den Autonomiewünschen entgegenzukommen. Doch als im vergangenen Winter die Labourpartei aus rein wahlarithmetischen Überlegungen eine Dezentralisierungsvorlage einbrachte, stimmten die Konservativen dagegen – ebenfalls aus wahlarithmetischen Gründen. Sie rechneten sich aus, dass gesamthaft gesehen ihre Partei profitieren würde, wenn sowohl sie wie die Labourpartei ihre schottischen und walisischen Mandate verlören. Ob diese wahlstrategische Wahrscheinlichkeitsrechnung der Konservativen am Ende auf-

gehen wird, ist keineswegs ausgemacht: Wenn die Schotten nicht bald ein gewisses Mass an Selbstverwaltung erhalten, so könnte das Komplikationen bringen, die in jener Wahlarithmetik nicht einkalkuliert sind.

Nordirland

Dem Nordirlandkonflikt kommt man mit Vernunft nicht bei. Leidenschaften beherrschen die Szene. Bigotterie, Meuchelmord, Gangstertum und mittelalterliche Barbarei werden als Politik ausgegeben, und die Triebkräfte sind Rassenvorurteile, atavistischer Hochmut, Nationalismus, religiöse Feindschaften und wirtschaftliche Gegensätze. Mythologisierte Geschichte verschleiert der Bevölkerung den Blick auf die Gegenwart, Glaubenseifer benebelt ihren Sinn für die Realität. Demokraten nennen sich Leute, die sich dem Grundprinzip demokratischen Regierens, dass die Mehrheit die Rechte der Minderheit respektieren soll, widersetzen. Freiheitskämpfer nennen sich auf der andern Seite die, die ein Staatsgebilde, das erwiesenermassen die Mehrheit der Bewohner zu erhalten wünscht, mit Hilfe von Terror einem andern Staat einverleiben wollen. Die Kirche auf beiden Seiten schürt den Konflikt, aus Fürsorge für das Seelenheil ihrer Herde, und die Politiker beider Lager stehen den Ereignissen einfallslos gegenüber.

Die nordirischen Gegensätze reichen zurück ins 12. Jahrhundert. Damals eroberte der englische König Heinrich II. die von Kelten bewohnte Insel und verteilte grosse Ländereien davon an seine Adelsleute. Im 16. Jahrhundert zwang Königin Elisabeth I. den katholisch gebliebenen Iren die englische Kirchenverfassung auf; der darauf folgende Massenaufstand wurde niedergeschlagen und mit neuen Landkonfiskationen quittiert. Im 17. Jahrhundert wurden verarmte schottische Presbyterianer und englische Soldaten in Nordirland angesiedelt – die Vorfahren der heute in Nordirland lebenden protestantischen Anglo-Iren. Im Kampf um die englische Krone versuchte der 1688 abgesetzte Stuart Jakob II., von Irland aus den in England zum König gewählten Wilhelm von Oranien zu verdrängen; die katholischen Iren halfen ihm dabei, doch die protestantischen Kolonisten verteidigten die nordirischen Städte bis zum Sieg Wilhelms von Oranien. Zahlreiche Aufstände irischer Nationalisten im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (bei denen übrigens namhafte Protestanten an der Spitze der Katholiken kämpften) führten schliesslich 1921 zur politischen Teilung der Insel. Im Süden entstand der Freistaat und dann die Irische Republik mit einer Bevölkerung, die zu 95 Prozent katholisch ist; im Norden Ulster mit zwei Dritteln Protestanten und einem Drittel Katholiken.

Die Bevölkerung Ulsters ist durch mancherlei Dinge voneinander ge-

trennt, aber alle Trennlinien fallen zusammen mit der religiösen. Es gibt den keltischen Bevölkerungsteil (katholisch) und den anglo-irischen (protestantisch); es gibt die bis vor kurzem herrschenden Nordiren (Protestanten) und die bis vor kurzem beherrschten (Katholiken); es gibt die republikanisch gesinnten irischen Nationalisten, die die Union mit Grossbritannien als Joch empfinden oder aus andern Gründen verwerfen und die Wiedervereinigung mit dem Süden anstreben (Katholiken), und die krontreuen Unionisten, die die Union mit Grossbritannien erhalten wollen (Protestanten); es gibt viele Arbeitslose: fast ausnahmslos Katholiken; bei den Protestantnen herrscht Vollbeschäftigung. Die protestantischen Anglo-Iren halten die katholischen Einheimischen für faul, schmutzig, unzuverlässig und liederlich und ihre Kirche für Teufelswerk; die katholischen Einheimischen halten die Anglo-Iren für fremde Unterdrücker und ihren Glauben für die Ausgeburt der Sünde. Der Schulunterricht und die Kirche erhalten den Konflikt und die Vorurteile am Leben. Die meisten Schulen sind Bekenntnisschulen, die wenigen andern vielfach wegen der quartiermässigen Segregation der Bevölkerung ebenfalls religionsuniform. Die Priester und Pfarrer, die schon so viel zur Fortdauer des Konfliktes beigetragen haben, widersetzen sich heute noch dem Gedanken an überkonfessionelle Schulen. Sie drängen darauf, dass die Kinder nicht in die Schulen des andern Glaubens gehen. So wächst auch die heutige Jugend, genau wie alle vorangegangenen Generationen, strikte nach Glaubensbekenntnis gespalten auf. Im Kindergarten werden die Scheuklappen angelegt, und nachher hämmern die Lehrer ihren Zöglingen die alten Schlagworte der politisch-religiösen Eiferer ein. Jede Glaubensgemeinschaft lehrt in ihren Schulen eine Landesgeschichte, die vollständig anders ist als die, die die andere Gemeinde unterrichtet. Jede Seite hat ihre eigenen Geschichtsdaten, Schlachten, Helden.

Bei der Teilung von 1921 hoffte Dublin, dass die Insel in absehbarer Zeit wieder geeinigt werde. London rechnete zumindest damit, dass der Süden und der Norden zusammenarbeiten würden. Man sah damals die Schaffung eines All-Irischen Rats vor, der jedoch nie gebildet worden ist. Im Hinblick auf die erhoffte Zusammenarbeit und auf die Möglichkeit der Wiedervereinigung gewährte London 1921 den Nordiren ein grosses Mass an Autonomie gegenüber London. Sie erhielten, was keine andere Provinz des Vereinigten Königreichs besitzt, ein eigenes Provinzparlament. Doch weil die nordirischen Parteien in erster Linie nicht nach politischen Kriterien, sondern nach dem Glaubensbekenntnis ihrer Mitglieder voneinander getrennt sind, gewannen zwangsläufig die Protestantnen bei den Parlamentswahlen immer die Mehrheit, und zwar mindestens die Zweidrittel-Mehrheit. Kraft dieser parlamentarischen Mehrheit herrschten die Unionisten, also die prote-

stantischen Anglo-Iren, uneingeschränkt. Rücksichtslos diskriminierten sie politisch und wirtschaftlich die katholische Minderheit. Sie gingen dabei so weit, durch wahltechnische Machenschaften (vorteilhafte Wahlkreisbegrenzung) dafür zu sorgen, dass sie in den Gemeindeverwaltungen sogar dort die Mehrheit erhielten, wo die Bewohner mehrheitlich katholisch waren.

Die britische Regierung unterliess es, die ihr zufallende Verantwortung für die Minderheit wahrzunehmen. Sie liess die Protestanten nach Belieben walten, drückte beide Augen zu. Erst die katholisch-republikanische Bürgerrechtsbewegung von 1968/69 brachte London zur Einsicht, dass auch in einem abgelegenen Teil des Vereinigten Königreichs alle Leute einander gleichgestellt sein sollten. Reformen wurden eingeleitet, auf Geheiss Londons, aber von den nordirischen Behörden zu langsam verwirklicht. 1972 suspendierte London das nordirische Parlament und nahm die Provinz unter die Direktverwaltung Westminsters. Den Katholiken, die die Herrschaft Londons traditionsgemäss als Fremdherrschaft betrachten, passte das damals, weil die Direktverwaltung Westminsters ihnen wenigstens Schutz gab vor der Hegemonie der Protestantten; den Protestantten anderseits, die sich englischer als die Engländer gebärden, passte es nicht, weil sie eben unter der Direktverwaltung Westminsters ihre bisherige Hegemonie in der Provinz verloren. Seither hat die britische Regierung zahllose Versuche unternommen, die protestantische Mehrheit dazu zu bewegen, die katholische Minderheit an der Regierungsgewalt in Nordirland teilhaben zu lassen. Alle Versuche blieben erfolglos. Zwar gelang es der britischen Regierung Ende 1973 nach langen Verhandlungen, zum erstenmal in der Geschichte Ulsters eine Koalitionsregierung mit gewählten Vertretern beider Lager auf die Beine zu stellen. Fünf Monate später wurde die Regierung wieder zu Fall gebracht kraft eines Generalstreiks der protestantischen Arbeiter, die bei gleichem Recht für alle Nordiren um einige ihrer Arbeitsplätze fürchten müssten.

Die Unionisten verteidigen nicht die Union, sondern die ihnen aus der Union zufallenden Vorteile. Wenn immer London ihnen diese Vorteile endgültig wegzunehmen versucht, drohen sie charakteristischerweise mit einer unilateralen Unabhängigkeitserklärung nach rhodesischem Muster. Sie wollen auch nicht direkt von London verwaltet werden, wie das vorderhand im Vereinigten Königreich die Regel ist, sondern wollen selber die Provinz verwalten, da nur auf diese Weise ihre Vormachtstellung zur vollen Entfaltung gelangen kann – dann nämlich, wenn das strikte Mehrheitsrecht angewendet wird, das in Grossbritannien gilt und dort demokratisch ist, jedoch in Nordirland völlig undemokratisch ist. Sie beharren auf dem Standpunkt, Demokratie bedeute das Recht der Mehrheit, zu regieren, und zwar allein zu regieren. Doch in Grossbritannien ist dadurch, dass die

Parteien nach politischen Kriterien gebildet sind, dafür gesorgt, dass bald die eine, bald die andere Partei an die Regierung gelangt; in Nordirland dagegen, wo die Parteien nach Glaubensbekenntnis gegliedert sind, gewährleistet das Mehrheitsrecht, dass die katholische Minderheit nie an die Regierung gelangen kann. Demokratisch wäre es, in Nordirland das Regierungssystem – wenn die Provinz sich selber verwalten soll – diesem Sachverhalt anzupassen. Die britische Regierung hat denn auch kategorisch erklärt, dass sie der Provinz die Selbstverwaltung nicht zurückgeben werde, solange der Minderheit nicht verfassungsmässig die Beteiligung an der Provinzregierung verbrieft worden ist. Doch davon wollen die Protestanten nichts wissen. Daran scheitert vorderhand jeder Befriedungsversuch. Die Katholiken wären heute zur Zusammenarbeit mit den Protestanten bereit. Es eilt ihnen mit der Wiedervereinigung nicht mehr so sehr wie früher. Sie haben im Vereinigten Königreich bessere Verdienstmöglichkeiten und bessere Sozialdienste als in der Republik. Auch die persönlichen Freiheiten sind im Norden grösser, denn in der Republik ist in breiten Bereichen des Staates die katholische Kirche massgebend: die Scheidung ist zum Beispiel verboten, und der Verkauf von empfängnisverhütenden Mitteln sowohl mechanischer wie chemischer Art wird als Verbrechen geahndet. Für die überwältigende Mehrheit der katholischen Minderheit spricht heute in Nordirland eine Partei (Social Democratic and Labour Party), die zwar republikanisch gesinnt ist, also die Wiedervereinigung anstrebt, aber jegliche Gewaltanwendung verurteilt. Sie anerkennt, dass die Wiedervereinigung nur mit der Zustimmung der protestantischen Mehrheit erfolgen kann. Sie ist bereit, bis zu dem Zeitpunkt, da diese Zustimmung erfolgt, mit den Unionisten zum Wohle Ulsters zusammenzuarbeiten. Doch die Unionisten wollen eben diese Zusammenarbeit nicht.

Die IRA (Irish Republican Army) – die paramilitärische Organisation, die seit Anfang des Jahrhunderts für ein geeintes republikanisches Irland kämpft – hat nur noch eine winzige Gefolgschaft. Sie ist seit Beginn der siebziger Jahre in zwei vollständig voneinander getrennte Flügel gespalten: Der sogenannte provisorische Flügel («Provisionals» oder «Provos») hält an der orthodoxen IRA-These fest, dass die Wiedervereinigung nur mit Hilfe von Terror und Waffengewalt herbeigeführt werden kann; der sogenannte offizielle Flügel («Officials») dagegen operiert nicht mehr mit Gewalt, sondern mit politischen Mitteln und will ein marxistisches Irland schaffen. Die «Provisionals» haben sich in letzter Zeit ebenfalls einen sozialistischen Anstrich gegeben, weil sich das heute gut ausnimmt, aber sind in Wahrheit nach wie vor eine rechtsextreme reaktionäre Gruppe, organisiert nach dem Muster totalitärer Parteien mit strikter Disziplin. Sie sind im übrigen streng katholisch, mitunter fanatische Glaubenseiferer. Die glei-

chen Leute, die unbekümmert morden und Bomben werfen, widersetzen sich vehement der Geburtenkontrolle. Die Zahl der aktiven «Provisionals» ist nicht genau bekannt, liegt aber schon seit einigen Jahren unter 2000, gegenwärtig wahrscheinlich sogar unter 1500 im Süden und Norden zusammen. Ihre passive Anhängerschaft zählt ein paar Tausend. Die «Officials» (Marxisten) sind zurzeit noch kleiner, haben aber auf die Dauer mehr Aussichten auf Zuzug als die Terroristen.

Die Protestanten haben in den siebziger Jahren ebenfalls paramilitärische Terrororganisationen geschaffen, zum Beispiel die «Ulster Defence Association». Mit der Begründung, dass die britischen Truppen die IRA nicht genügend bekämpften, nehmen sie das Recht in die eigene Hand. Im übrigen ist auf beiden Seiten der politische Terror überlagert worden von reinem Gangstertum, das unter dem Deckmantel der politischen Auseinandersetzung entstanden ist und floriert. Es begann damit, dass zuerst die IRA, dann auch die «Ulster Defence Association» durch Androhung von Bombenanschlägen bei Wirten und Ladenbesitzern Protektionsgeld eintrieben, das sie für Waffenkäufe verwendeten. Dieses Schutzzgeld musste wöchentlich gezahlt werden. Allmählich verschwanden solche Gelder in private Taschen. Aussenstehende ahmten das Beispiel auf eigene Rechnung nach, vor allem Jugendliche. Heute leben in Nordirland Familien ausschliesslich von erpressten Protektionsgeldern. Viele Morde und Gewaltakte, die als Bestandteil des politischen Terrors getarnt sind, geschehen in Wirklichkeit dazu, diejenigen Leute, denen man Protektionsgelder abnimmt, immer von neuem einzuschüchtern.

Zwischen den Terrororganisationen beider Seiten stehen britische Truppen, rund 14000 Mann. Sie kamen 1969 zum Schutz der katholischen Minderheit und auf deren ausdrückliches Verlangen hin nach Nordirland. Die Protestanten gingen damals – aufgebracht durch die Bürgerrechtsbewegung und durch das in deren Schatten erfolgende Wiederaufstauchen der IRA – gewaltsam und brandschatzend gegen die Katholiken vor, denen die ausschliesslich protestantisch bemannte nordirische Polizei keinen Schutz gab. Doch die britischen Truppen mussten als Ordnungshüter nicht nur die Katholiken vor protestantischen Übergriffen, sondern auch die Protestanten vor der IRA schützen. Im Kampf gegen die IRA brachten die Truppen die katholische Bevölkerung gegen sich auf, weil die Soldaten irrtümlicherweise gelegentlich Unschuldige festnahmen oder belästigten. Zudem liessen sich die zuständigen Sicherheitsbeamten während des Höhepunkts des IRA-Terrors dazu hinreissen, einige IRA-Leute beim Verhör zu foltern. Als dann London die Soldaten anwies, zurückzuhalten, waren wieder die Protestanten darüber aufgebracht, und so geht das seither hin und her. Aber eines steht fest: Die Regierung in Dublin und die gewählten Vertreter der

katholischen Minderheit Nordirlands beharren darauf, dass die britischen Truppen in Nordirland stationiert bleiben – zum Schutz der Minderheit.

Die Engländer würden es längst nicht mehr bedauern, wenn sie Nordirland loswürden. Sie leisten jährlich für Nordirland Hunderte von Millionen Pfund an Subventionen, Schadenersatzgelder und militärischen Unterhaltskosten. Doch solange die Mehrheit Nordirlands im Vereinigten Königreich bleiben will, muss London die Verantwortung für Ulster tragen. Es ist eine Verantwortung, die den Briten aus der Kolonialzeit übriggeblieben ist. Nordirland ist für London eine interne Angelegenheit; aber die britische Regierung hat anerkannt, dass das Problem eine «irische Dimension» hat, und konsultiert deshalb Dublin regelmässig in der Sache. Dublin seinerseits hat anerkannt, dass die Wiedervereinigung nur mit Zustimmung der Protestantaten, also auf friedlichem Weg geschehen kann. Sowohl die Regierung wie die Bevölkerung der Republik betrachten die Wiedervereinigung nur noch als Fernziel, sogar als sehr fernes Ziel. Sie haben dringlichere Sorgen, vor allem wirtschaftlicher Natur. Das letzte, was sie sich wünschen, ist die Einfuhr der nordirischen Unruhen in den Süden. Diese Haltung nehmen alle drei Parteien ein, die in Dublin im Parlament vertreten sind, sowohl die Fine Gael und die Labourpartei, die in den letzten vier Jahren die Koalitionsregierung unter Premierminister Cosgrave stellten, als auch die Fianna Fail unter Jack Lynch, die vorher an der Regierung gewesen war und jetzt an die Macht zurückgewählt worden ist. Allerdings hat die Fianna Fail aufgrund ihrer Herkunft alte Bindungen zum irischen Republikanismus und zur IRA, wie sie weder die Fine Gael noch die Labourpartei aufweisen. Aus diesem Grund hat der jüngste Wahlsieg Lynchs in London einige Besorgnisse geweckt, denn mit der Regierung Cosgrave pflegte London eine enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der IRA. Doch es war seinerzeit Lynch, nicht Cosgrave, der in der Republik das erste Anti-IRA-Gesetz schuf und den Terror entmythologisierte, den seine eigene Partei in der Vergangenheit glorifiziert hatte. Auf dieser Grundlage konnte dann die Regierung Cosgrave aufbauen und den Kampf gegen die IRA verschärfen. Lynch dürfte diesen Kampf und die diesem Kampf dienende Zusammenarbeit mit London fortsetzen. – Wenig hat Dublin bisher unternommen, um den nordirischen Protestantaten die Wiedervereinigung attraktiver zu machen. Die Regierung Cosgrave entfernte zwar den Verfassungsartikel, der der katholischen Kirche eine Sonderstellung in der Republik eingeräumt hatte, aber das hat den Einfluss der Kirche auf die Staatsgeschäfte noch nicht wesentlich vermindert. Solange dieser Einfluss besteht, werden selbst diejenigen Protestantaten im Norden, die sich mit dem Gedanken an eine Wiedervereinigung anfreunden könnten, ihr nicht zustimmen.